



Inhalt

I. Der nachlässige Rechtspfleger	1
1. Der Fall	1
2. Die Entscheidung	1
3. Fazit	2
II. Neues auf Rehmnetz	3
Beamtenblog	3

I. Der nachlässige Rechtspfleger

*von Christian Horvat, Rechtsanwalt
meyerhuber rechtsanwälte partnerschaft*

Auf der Internetseite des Justizministeriums des Bundeslandes Nordrhein-Westfalens finden sich die bedeutungsvollen Sätze: „Die Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger sind unabdingbar für die Zukunftsfähigkeit der Justiz in unserem Land. Sie sind eine entscheidende Säule der Justiz“.

Dennoch kommt es leider ab und an vor, dass diese Säule der Justiz ihre Aufgaben so sehr vernachlässigt, dass sie ihre Dienstpflicht verletzt.

Doch wann genau ist dies der Fall? Welche Voraussetzungen müssen dafür erfüllt sein?

Im Urteil vom 19. Januar 2016 (BVerwG 2 B 44.14) zeigt das Bundesverwaltungsgericht unter Berufung auf seine bisherige Rechtsprechung noch einmal detailliert die Grenze einer solchen Dienstpflichtverletzung auf.

1. Der Fall

Der 1959 geborene Kläger bearbeitete ab den 1990er Jahren als Rechtspfleger u. a. Fälle, in denen Rechtsanwalt O. zum Berufsbetreuer bestellt worden war.

In dieser Zeit, zwischen Februar 1995 und Dezember 2004 hatte O. in 43 Fällen Gelder der Betreuten und Gelder aus Nachlasspflichten veruntreut, darunter auch in dem vom Kläger zu verantwortenden Betreuungsverfahren L., in dem O. das geschätzte Anfangsvermögen von über einer Million DM (April 1995) innerhalb von knapp 10 Jahren auf unter 100.000 Euro verringert hatte, ohne dass sich hinreichende Erklärungen dafür finden ließen.

Nachdem im Juni 2003 eine Immobilie veräußert wurde, hatte der Kläger keine mündelsichere Anlage des Geldes angeordnet und die verspätete und zudem nicht nachvollziehbare Rechnungslegung des Betreuers „durchgewunken“.

Um Betreuungsfall U. habe der Kläger im Mai 2004 auf einen ohne Belege eingereichten Antrag 35.000 Euro freigegeben.

Auch in einem weiteren Betreuungsfall – diesmal bei Rechtsanwalt M. – hatte der Kläger offensichtlich nicht plausible Angaben des Betreuers akzeptiert und im Juni 2004 einer beantragten Vermögensfreigabe von 35.000 Euro „zur Zahlung diverser Rechnungen“ entsprochen, obwohl diese ihm nicht vorgelegen hätten.

Im Jahr 2006 leitete daraufhin der Dienstherr gegen den Kläger ein Disziplinarverfahren ein, das in eine Disziplinarverfügung mündete und aufgrund derer seine Dienstbezüge um 7 v. H. für die Dauer von 10 Monaten gekürzt wurden. Im Berufungsverfahren wurde die Laufzeit der Kürzung der Erstbezüge vom Oberverwaltungsgericht Nordrhein-Westfalen auf 4 Monate beschränkt.

2. Die Entscheidung

Die vom Kläger erhobene Nichtzulassungsbeschwerde des Klägers wurde vom BVerwG als nicht zulässig abgewiesen. Der Kläger hatte diese auf die grundsätzliche Bedeutung der Rechtssache (§132 Abs. 1 Nr. 2 VwGO) gestützt. Die von der Beschwerde als rechtsgrundsätzlich bedeutsam aufgeworfene Frage, ab welchem exakten Verhalten man eine Dienstpflichtver-



letzung annehmen müsse, sei bereits von der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts hinreichend geklärt.

Nach § 47 BeamtStG begeht ein Beamter dann ein Dienstvergehen, wenn er schuldhaft die ihm obliegenden Pflichten verletzt. Welche Pflichten dies sind, können wir aus § 34 BeamtStG entnehmen: Beamtinnen und Beamte haben sich mit vollem persönlichem Einsatz ihrem Beruf zu widmen.

Dabei dürfe man aber nicht am laufenden Band Höchstleistungen von den Beamten verlangen, so das Bundesverwaltungsgericht. Auch die fähigsten und zuverlässigsten Beamten seien nur Menschen und damit Schwankungen in ihrer Arbeitskraft unterworfen und machten daher gelegentlich Fehler, die die Verwaltung aber in Kauf nehmen müsse. Daher sei als die maßgebliche Anforderung stets eine im Ganzen durchschnittliche Leistung eines Beamten anzusehen. (BVerwG, Beschluss vom 9. November 2000 – 1 D 8.96)

Die Dienstleistungspflicht der Beamten habe dabei zwei Ausprägungen: Eine zeitlich-örtliche, sprich, die Pflicht zur vorgeschriebenen Zeit an seinem Dienstort zu erscheinen; und eine inhaltliche Ausprägung. Wer seine Arbeit in quantitativer oder qualitativer Hinsicht schuldhaft, entweder gar nicht oder lediglich grob mangelhaft erfülle, verletze diese ihm obliegende Pflicht eindeutig.

Nachlässiges Verhalten sei stets i. S. d. § 47 BeamtStG dann pflichtwidrig, wenn die Arbeitsweise des Beamten mehrere einigermaßen gewichtige Mängel aufweise, die über das normale Versagen eines durchschnittlichen Beamten eindeutig hinausgingen und sich als Schuld vom bloßen Unvermögen abgrenzen ließen. Damit ist noch einmal eindeutig klargestellt, dass nicht schuldhafte Mangelleistungen eines Beamten keine Dienstpflichtverletzung begründeten.

3. Fazit

Das Bundesverwaltungsgericht bestätigt in dieser Entscheidung noch einmal, dass die Grenze zu einer Dienstpflichtverletzung hoch anzusetzen ist. Nachlässiges Verhalten in seiner Ausprägung als reines Unvermögen des Beamten – so unangenehm dessen Folgen für die Beteiligten auch sein mögen – reicht zu einer Dienstpflichtverletzung nicht aus, stets muss eine schuldhafte Komponente vorhanden sein.

Dies sollte die Rechtspflege aber nicht veranlassen, ihre Arbeit auf die leichte Schulter zu nehmen. Schließlich sind sie – und das sollten sie nie vergessen – „eine entscheidende Säule der Justiz“.

Dr. Christian Horvat
Rechtsanwalt
Fachanwalt für Strafrecht
Fachanwalt für Steuerrecht



Produktipp

Schütz/Maiwald

Beamtenrecht des Bundes und der Länder

Kommentar



Online-Produkt

€ 144,99

ISBN 978-3-7685-4853-3

[\[Mehr Info\]](#)

Der Online-Kommentar behandelt das gesamte Beamtenrecht anhand des Landesbeamtengesetzes von Nordrhein-Westfalen und des Beamtenstatusgesetzes, ist jedoch auf Grund seines Aufbaus auch für jedes andere Bundesland sehr nützlich.



Produktipp

Woydera / Summer † / Zängl

Beamtenrecht in Sachsen

Praktiker-Kommentar



6324 Seiten. In 5 Ordnern

ISBN 978-3-8073-0945-3

€ 209,99

zzgl. Aktualisierungslieferungen

[\[Mehr Info\]](#)

Auch für Nicht-Experten eine leicht verständliche Erläuterung des Sächsischen Beamtengesetzes und des Beamtenstatusgesetzes. Enthält alle relevanten Vorschriften zum Sächsischen Beamtenrecht.



Newsletter Beamtenrecht

Ausgabe 8, August 2016

II. Neues auf Rehmnetz

Beamtenblog

Jede Woche bloggt unser Experte Dr. Maximilian Baßlsperger auf rehmnetz.de zu aktuellen Themen rund ums Beamtenrecht. Die neuesten Beiträge:

[Beamter – oder doch lieber Hartz IV?](#)

[Große Karrieren von Absolventen der \(Fach-\) Hochschulen für Verwaltung](#)

[Sportbeamte und Spitzensportler](#)

Mehr Blogbeiträge von und mit Dr. Maximilian Baßlsperger finden Sie [hier](#).

Der Blog zum Beamtenrecht



Von und mit Dr. Maximilian Baßlsperger. Er ist Experte auf dem Gebiet des öffentlichen Dienstrechts und seit 15 Jahren als Kommentator für das Bayerische Beamtenrecht tätig.

[\[Direkt zum Blog\]](#)



Produktipp

Lemhöfer/Leppek

Das Laufbahnrecht der Bundesbeamten

Kommentar zur Bundeslaufbahnverordnung (BLV) nebst laufbahnrechtlichen Vorschriften des Bundesbeamtengesetzes und anderer Bundesgesetze, wichtigen Verwaltungsrichtlinien und Beschlüssen des Bundespersonalausschusses



Loseblattwerk im Ordner
ISBN 978-3-8073-0291-1
€ 129,99
zzgl. Aktualisierungslieferungen

Der Überblick auf Bundesebene

In diesem Praxiskommentar wird das allgemeine Laufbahnrecht des Bundes (Bundeslaufbahnverordnung einschließlich der Vorschriften für Beamte und Laufbahnen besonderer Fachrichtungen) unter Berücksichtigung der Rechtsprechung umfassend erläutert.

Allgemeine Beschlüsse des Bundespersonalausschusses sind jeweils bei der betroffenen Vorschrift der Bundeslaufbahnverordnung vermerkt.

Im Anhangteil sind außerdem verstreute und zum Teil schwer zugängliche, laufbahnrechtlich bedeutende Einzelschriften anderer Gesetze, Verwaltungsregelungen, sowie Geschäfts- und Verfahrensordnungen des Bundespersonalausschusses enthalten.

[\[Mehr Info\]](#)